

## Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Die Corona-Krise hat deutlich gemacht, wie wenig Gehör Kinder und Jugendliche in den für sie relevanten Belangen finden. Dabei haben sie gemäß der UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf Beteiligung und Mitgestaltung. Teilhabe, Schutz und Befähigung bilden ein Dreieck der Kinderrechte. Der strukturelle Kinder- und Jugendschutz soll kinder- und jugendgerechte Lebensbedingungen schaffen. Er hat das Ziel, Kinder und Jugendliche in alle Maßnahmen einzubeziehen, die eine Verbesserung und Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse betreffen. Beispielsweise bei der Verkehrs-, Stadt-, Spielraum- und Freizeitstättenplanung, aber auch beim Umweltschutz.

**Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um den strukturellen Kinder- und Jugendschutz auszubauen und damit in einer zukünftigen Krise den Bedarfen von Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden?**

**CDU / CSU:** Sowohl mit den in dieser Legislaturperiode beschlossenen Reformen zum SGB VIII (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz) sowie zum Jugendmedienschutz (Änderung des Jugendschutzgesetzes) haben wir die entsprechenden Weichen gestellt. So spielen bei CDU und CSU insbesondere beim Ausbau des strukturellen Kinder- und Jugendschutzes Beratung und Information, die Prävention von Sucht, Gewalt/Missbrauch, das Verhindern oder Abbauen von Benachteiligungen und das Fördern der Chancengleichheit durch die Jugendämter vor Ort eine wichtige Rolle.

**SPD:** Wir setzen uns für den bestmöglichen Schutz von Kindern und Jugendlichen ein. Dafür wollen wir alle staatlichen Stellen sensibilisieren. Es geht uns darum, überall für eine entsprechende an den Kinderrechten orientierte gesellschaftliche Grundhaltung zu sorgen. Kinder- und Jugendschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Wir setzen uns für breit angelegte Aufklärungs- und Sensibilisierungsinitiativen ein. Die Qualifikation der beteiligten Professionen wollen wir gewährleisten. Für einen besseren Kinder- und Jugendschutz wollen wir u.a. die Forschung intensivieren, gesundheitliche Versorgung und Hilfen verbessern, Kinderschutzstandards fördern und Beratungs- und Hilfeangebote ausbauen.

Wir werden dafür sorgen, dass alle Kinder und Jugendlichen die gleichen Chancen haben, das Bestmögliche aus ihrem Leben zu machen.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** In den vergangenen Monaten haben wir GRÜNE immer wieder gefordert, dass der Kinderschutz auch in der Corona-Krise gewährleistet werden muss. Dafür braucht es Schutzausrüstung für die Mitarbeiter/-innen der Kinder- und Jugendhilfe sowie einen verstärkten Ausbau telefonischer und digitaler Beratungsangebote. In Fällen häuslicher und sexualisierter Gewalt müssen Kinder weiterhin Anlaufstellen erreichen können. Durch gesetzliche Vorgaben zur Personalplanung wollen wir für besser ausgestattete Jugendämter und Entlastung der Fachkräfte sorgen. Qualitätsstandards wollen wir überall in der Kinder- und Jugendhilfe verbindlich erstellen und gemeinsam mit Verbänden, Trägern und Wissenschaft weiterentwickeln.

**DIE LINKE:** Auch der strukturelle Jugendschutz stand in den letzten Jahren zu wenig im öffentlichen Blickpunkt. Voraussetzung für eine Stärkung des strukturellen Kinder- und Jugendschutzes ist ein ganzheitlicher Blick auf die Lebensbedingungen junger Menschen. Ein alleiniger Verweis auf die Kinder- und Jugendhilfe, deren Auftrag darin besteht, zu positiven Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien beizutragen, ist hierbei nicht zielführend, auch wenn der Kinder- und Jugendhilfe mit ihren vielfältigen Aufgaben und Methoden eine bedeutende Rolle zukommt und besser ausgestattet werden muss. Armutfragen, Fragen der Ausgrenzung, der Bildungsbenachteiligung, der Wohnverhältnisse, also Fragen der allgemeinen sozialen Lage junger Menschen sind hierbei für uns von zentraler Bedeutung. Wir verstehen strukturellen Kinder- und Jugendschutz demzufolge als aktive Einmischungspolitik unter Beachtung der sozialen Frage und einer Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe.

**FDP:** Wir Freie Demokraten wollen verhindern, dass Kinder und Jugendliche zu den Verlierern dieser Pandemie werden. Deshalb hat die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag eine Initiative eingebracht, in der sie konkrete Lernstandserhebungen und ein Chancenaufholprogramm fordert (vgl. »Chancen-Aufholprogramm: Lernrückstände erheben, Corona-Nachteile für Kinder und Jugendliche verhindern« BT-Drs.-19/27808). Dabei geht es nicht nur um Unterrichtsstoff, sondern auch um die Entwicklung von Sprache und Persönlichkeit. Um die Corona-Defizite auszugleichen brauchen wir vor allem langfristige Lösungen und Konzepte. Dazu sollen die Lernrückstände und Kompetenzverluste verlässlich und systematisch erhoben werden. Mit diesem Wissen wollen wir ein Chancen-Aufholprogramm aufsetzen, das Schülerinnen und Schüler bestmöglich fördert. Wir wollen, dass in Bildungseinrichtungen zusätzliches psychologisches und pädagogisches Personal digital und physisch sowie während und nach der Corona-Pandemie zur Verfügung steht, um negative Folgen der Corona-Krise zu erkennen und professionell aufzuarbeiten (vgl. »Hilfeplan für die physische und psychische Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen« BT-Drs.-19/27810). Um die politische Partizipation von jungen Menschen zu stärken, fordern wir eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament. Die Ausweitung des Wahlrechts war stets Zeichen des gesellschaftlichen Fortschritts und das Recht zu wählen ist der Schlüssel zur politischen Partizipation. Junge Menschen nehmen bereits in vielen Lebensbereichen Verantwortung wahr, werden aber von der politischen Teilhabe ausgeschlossen. Dabei sind sie diejenigen, die am längsten von politischen Entscheidungen beeinflusst werden und für uns wäre das Wahlrecht ab 16 gelebte Generationengerechtigkeit. Voraussetzung ist allerdings die politische Bildung an allen Schulformen zu verstärken. Politische Bildung muss bereits im Sachunterricht der Primarstufe verankert sein.